

## **Auftrag für ein Alarmsystem**

### **Der Nationalrat unterstützt die Pläne**

#### **Waber B. (wab)**

wab. Bern, 27. April

Nach dem Ständerat drängt auch die grosse Kammer auf die rasche Einführung eines Alarmsystems bei Entführungen. Das Parlament unterstützt damit den Beschluss der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren, die zusammen mit dem Bund ein solches Alarmsystem bis Anfang nächsten Jahres aufbauen wollen (NZZ 3. 4. 09). Eine entsprechende Motion von Ständerat Didier Burkhalter (Neuenburg, fdp.) hat der Nationalrat am Montag oppositionslos gutgeheissen.

Die Behörden planen das System vorerst für Kindesentführungen, während der parlamentarische Vorstoss auch Erwachsene erfasst. Nach der Auslösung eines Alarms sollen SMS und MMS an die Bevölkerung verschickt werden, zudem sind Meldungen in Radio und Fernsehen, Durchsagen an Bahnhöfen und Affichen an Autobahnen geplant. Telefon-Hotlines sollen Rückmeldungen aus der Bevölkerung entgegennehmen. Im Nationalrat verwies Kommissionssprecherin Barbara Schmid (cvp., Zürich) auf die positiven Erfahrungen, welche die USA, Frankreich und Kanada mit solchen Systemen gemacht hätten. Die Rechtskommission sei der Ansicht, die Arbeiten sollten noch beschleunigt werden; das Parlament habe schon vor zwei Jahren Vorstösse überwiesen.

Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf bestätigte, dass das System bis Ende Jahr aufgebaut werden soll. Ein externer Projektleiter sei eingesetzt. Das Anliegen hat jüngst durch Mordfälle wie jene der 5-jährigen Ylenia in Appenzell und der 16-jährigen Lucie im Raum Zürich Auftrieb erhalten, auch wenn diese durch ein Alarmsystem kaum hätten verhindert werden können.